

Gemeinderat - Ö - vom 22.03.2011
1) TOP Bürger fragen

Keine.

1.1) TOP 10-011/11 Partnerschaft Kaminoyama - Spenden für die Katastrophenopfer

Oberbürgermeister Frei: Wegen der Folgen der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe in Japan herrsche in Donaueschingen eine große Betroffenheit. Es sei nach der Katastrophe zunächst schwierig gewesen, mit der Stadtverwaltung in Kaminoyama Kontakt aufzunehmen. Diese habe dann aber sehr schnell auf die E-Mails aus Donaueschingen reagiert und der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass beim Erdbeben keine Menschen verletzt worden seien und es auch keine großen Gebäudeschäden gegeben habe. Trotzdem seien die Verhältnisse auch in Kaminoyama schwierig, weil es Engpässe bei der Energie-, Benzin- und Lebensmittelversorgung gebe. Die große Gefahr der atomaren Katastrophe könne noch nicht ausgeschlossen werden. Kaminoyama liege nur 100 km weit von dem Atomkraftwerk Fukushima entfernt.

Die am Pazifik gelegene Partnerstadt von Kaminoyama, Natori habe es deutlich schlimmer getroffen. Diese sei von dem Tsunami fast vollständig zerstört worden.

In Kaminoyama gebe es jetzt auch schon Lager für Evakuierte aus der Präfektur Fukushima. Diese seien in der Kultur- und Sporthalle und in den zahlreichen Hotels untergebracht. Donaueschingen habe Kaminoyama Hilfe angeboten. Es falle den japanischen Freunden aber nicht leicht, diese anzunehmen. Diese seien dafür jedoch sehr dankbar.

Gemeinsam mit der Deutsch-Japanischen Gesellschaft habe er die Donaueschinger Bevölkerung zu Spenden aufgerufen. Bis zum heutigen Tag seien auf den Sonderkonten Spenden in Höhe von 21.000 € eingegangen. Er schlage vor, die Spendensumme mit einer Spende der Stadt in Höhe von 5.000 € aufzustocken. Es sei vorgesehen, dass die bisher eingegangenen Spendengelder noch in dieser Woche an Kaminoyama überwiesen werden. Die Partnerstadt könne dann entscheiden, wie das Geld verwendet werde. Der Stadtverwaltung Kaminoyama sei auch das Angebot gemacht worden, bei Bedarf in Donaueschingen auch Familien aufzunehmen.

Er habe sich heute im Japanischen Honorarkonsulat in Stuttgart in das dort ausliegende Kondolenzbuch eingetragen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

2) TOP 60-023/11 Erschließung Gewerbegebiet Breitelen Strangen / Erweiterung - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 60-022/11 Käppelstraße, 1. BA und Hinter den Häusern, 1. BA / Aasen - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**4) TOP 60-021/11 Eigenbetrieb Wasserversorgung / Rohrnetzmaterial 2011 -
Vergabe Jahreslieferung**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 7 der Verwaltung wird
zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 60-018/11 Fürstenbergstraße / Donaueschingen - Antrag SPD-Fraktion vom 07.02.2011

Oberbürgermeister Frei führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Karrer: Die durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen hätten ergeben, dass in der Fürstenbergstraße in den Einmündungsbereichen der Sennhofstraße und des Parkwegs deutlich zu schnell gefahren werde. Dies führe zu Gefährdungen für Fußgänger und Radfahrer. Auf die denkbare Querungshilfe solle aus Kostengründen aber verzichtet werden. Er schlage vor, als schnelle und kostengünstige Lösung die von der Josefstraße bis zur Stadtkirche bestehende Tempo-30-Zone auf diesem Bereich auszudehnen. Die Einführungsphase könne mit einer Tafel zur Geschwindigkeitsanzeige unterstützt werden. Danach solle die Einhaltung durch mobile Geschwindigkeitskontrollen gesichert werden. Diese könne zu einem späteren Zeitpunkt durch eine stationäre Radaranlage ersetzt werden.

Stadtrat Hall: Die Gefahrenstelle in diesem Bereich müsse auf jeden Fall beseitigt werden. Nur mit der Ausdehnung der Tempo-30-Zone sei dies aber nicht möglich. Auch vom Bau einer Querungshilfe solle Abstand genommen werden. Die CDU-Fraktion spreche sich für die Installation einer stationären Radarstation aus.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Es sei notwendig, Maßnahmen zur Entschärfung dieser Gefahrenstelle zu ergreifen. Die FDP/FW-Fraktion halte eine Querungshilfe nicht für die richtige Maßnahme. Sie glaube nicht, dass die Ausdehnung der Tempo-30-Zone den erhofften Erfolg bringe. Zu mehr Sicherheit könne unter Umständen die Markierung des Radfahrerschutzbereichs in kräftigem Rot beitragen. Dadurch wirke die Straße für die Autofahrer optisch schmaler und veranlasse diese zu langsamerem Fahren. Mehr Sicherheit könnte auch eine Ampelanlage bringen, deren Grundstellung Rot sei und nur bei angepasster Geschwindigkeit auf Grün umsprünge. Eine solche Lösung könne vermutlich aber nur mit einem hohen Kostenaufwand realisiert werden. Deshalb könne sich die FDP-Fraktion auch eine Lösung mit einer stationären Radaranlage vorstellen.

Stadträtin Weishaar: Auch die GUB-Fraktion sehe für diesen Bereich Handlungsbedarf und spreche sich für die Ausdehnung der Tempo-30-Zone aus. Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse sollte das Haus Fürstenberg dazu zu bewegen werden, die Sträucher an der Einzäunung des Schlossgartens zurück zuschneiden.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion sei ebenfalls für die Ausdehnung der Tempo-30-Zone. Diese Maßnahme sei effektiv und könne kostengünstig und schnell umgesetzt werden.

Stadtrat Greiner: Die Ausdehnung der Tempo-30-Zone allein werde die notwendige Verbesserung nicht bringen. Bei einer solchen Lösung müsse eine bauliche Umgestaltung der Straße erfolgen, da diese nicht den Charakter einer Tempo-30-Zone habe. Er halte eine stationäre Radaranlage für die effektivste Möglichkeit zur Entschärfung der Gefahrensituation. Auch die von der FDP-Fraktion angesprochene Ampellösung sei für ihn sehr sympathisch.

Stadtrat Kaiser: Mit der Zielsetzung, den schnellen Durchgangsverkehr aus der Innenstadt raus zuhalten, sei die Ausdehnung der Tempo-30-Zone sinnvoll. Die wirkungsvollste Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit im unteren Bereich der Fürstenbergstraße wäre, in den Einmündungsbereichen der Sennhofstraße und des Parkwegs die Rechts-vor-Links-Regelung einzuführen.

Oberbürgermeister Frei: Die Ausweitung der Tempo-30-Zone in der Fürstenbergstraße sei zur Verbesserung der Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer durchaus geeignet. Wenn der Gemeinderat sich für eine solche Lösung entscheiden wolle, müsse ein Konzept für die ganze Innenstadt erarbeitet werden, weil eine punktuelle Lösung den Notwendigkeiten nicht gerecht werde. Wenn mit dem vorgeschlagenen Zurückschneiden der Sträucher an der Einzäunung zum Schlossgarten für Autofahrer ein besseres Sichtfeld geschaffen werde, sei damit zu rechnen, dass noch schneller gefahren und dadurch die Problematik noch verstärkt werde. Er selbst habe schon mehrfach festgestellt, dass viele Autofahrer am Fußgängerüberweg nicht anhalten, wenn Fußgänger diesen benutzen wollen. Hinsichtlich einer möglichen stationären Radaranlage solle im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen diskutiert und entschieden werden. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sei diese Lösung am effektivsten.

Bürgermeister Kaiser: Auch er halte es für notwendig, hinsichtlich der Tempo-30-Zonen ein Konzept für die gesamte Innenstadt zu erarbeiten. Die Fürstenbergstraße sei ihrem Charakter nach eine Durchgangsstraße. Die Umwandlung in eine Tempo-30-Zone müsse deshalb durch bauliche Maßnahmen begleitet werden. Die Verkehrsbehörde der Stadtverwaltung warne deshalb vor einem Schnellschuss in dieser Sache. Für das notwendig erachtete Gesamtkonzept werde die Verwaltung eine Vorlage ausarbeiten und diese dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Stadtrat Hall: In diesem Zusammenhang sollte auch das Problem der Radwegführung in diesem Bereich thematisiert werden. Es sei eine Lösung anzustreben, bei der die Radfahrer nicht mehr so wie bisher zur Querung der Fürstenbergstraße den Fußgängerüberweg nutzen.

Beschluss: Dem Vorschlag der Verwaltung, ein Gesamtkonzept für die ganze Innenstadt bezüglich der Tempo-30-Zone zu erarbeiten und dies dem Gemeinderat zur Beratung und zur Beschlussfassung vorzulegen, wird zugestimmt.

(15 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen)

6) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Realschule - Ganztagschule

Oberbürgermeister Frei: Die Genehmigung eines Ganztagsangebotes in der Realschule sei dieser Tage vom Regierungspräsidium erteilt worden. Damit könne in der Realschule ab dem kommenden Schuljahr 2011/2012 ein Ganztagsangebot eingerichtet werden.

Sanierung Fürstenberg-Gymnasium

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Roland Erndle) Das Thema Inklusion werde bei der Planung für die Sanierungsarbeiten am Fürstenberg-Gymnasium im Blick behalten.